№ 5. 1851.

Lausitzer Zeitung

für

Tagesgeschichte und Unterhaltung

nebst

Görlitzer Nachrichten.

Vierteljähriger Abonnements-Preis: für Görlitz 12 sgr. 6 pf., innerhalb des ganzen Preußischen Staats incl. Porto-Aufschlag 15 sgr. 9 pf.

Erscheint wöchentlich dreimal, Dinstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühren für den Raum einer Petit-Zeile 6 pf.

Görlitz, Sonnabend den 11. Januar 1851.

Die Dresdener Conferenzen.

Dresden, 7. Jan. Der wenig befriedigende Gang der Verhandlungen soll den preußischen Bevollmächtigten zu Andeutungen veranlaßt haben, daß Preußen sich von dem ganzen Werke der Unterhandlung zurückziehen würde, wenn es von Oesterreich kein besseres Entgegenkommen finden würde. Ein Bevollmächtigter der Mittelstgaten meinte in dieser Beziehung, daß, da auch die Mobilisirung der preußischen Armee ohne weitere Folgen geblieben, man die Abreise des Hrn. v. Alvensleben ruhig abwarten könne. Es bleibe dann nichts Anderes übrig, als die pure Anerkennung des Bundestages, dessen Befehle Preußen ja jetzt schon in Hessen und Holstein ausführen helfe. Preußen werde es aber unter allen Verhältnissen vorziehen, in freien Conferenzen noch länger das Möglichste zu versuchen, bevor es wieder in den alten Bundestag trete. — Den Verhandlungen über die österreichische Zolleinigung wendet sich die Aufmerksamkeit der Diplomaten in gesteigertem Maße zu.

Das berliner Corr.-Bur. vom 7. Jan. schreibt: Das an der gestrigen Börse auftauchende falsche Gerücht von einem Auseinandergehen der Dresdener Conferenzen hat allerdings einigermaßen einen Rückhalt. Preußen hat nämlich ziemlich bestimmt erklärt, auf einen österreichischen Vorschlag, welcher die Executive Preußen und Oesterreich übergibt, für Differenzen zwischen diesen beiden Mächten aber ein entscheidendes Collegium (welches aus Baiern mit einer Stimme, den übrigen drei Königreichen und den Großherzogthümern zusammen mit zwei Stimmen bestehen sollte) niedersetzt, nicht eingehen zu wollen. Neben Preußen haben sich auch die kleinen Staaten entschieden gegen diesen Vorschlag ausgesprochen. Man sagt, Oesterreich werde mit einem weitern Vorschlage hervortreten; über diesen hört man jedoch nichts Bestimmtes.

Dresden, 8. Jan. Dem Vernehmen nach sind auch von Baiern und Sachsen zwei vielfach übereinstimmende Denkschriften, die materiellen Interessen betreffend, bei der Conferenz übergeben worden.

— Ein Berliner Correspondent der Allgem. Ztg. schreibt derselben: Als sehr wahrscheinliche Vermuthung glaube ich Ihnen nicht verschweigen zu dürfen, daß die hiesige Regierung und die österreichische über ein doppeltes Kammersystem übereingekommen sind: die Volkskammer nach der Norm der Münchener Vorschläge, die Pairskammer in drei Curien getheilt, eine fürstliche, eine ritterschaftliche und eine dritte, zur Hälfte von den Regierungen, zur Hälfte von den l. (?) Kammern gewählt. In diesem Falle wäre allerdings die Union ganz und gar überflüssig. — Wohlunterrichtete Personen behaupten, die Königin von Preußen habe einen mehr als gewöhnlichen Antheil an der neuesten Wendung unserer Politik.

— Preußen und Oesterreich sollen, wie man jetzt erfährt, den conferirenden Ministern gemeinsame Propositionen vorgelegt haben; jedoch sollen diese Propositionen in dem sehr wichtigen Punkte auseinanderlaufen, daß Oesterreich für die Geltung der Mittelstaaten auftrete.

Kammerverhandlungen.

Achte Sitzung der Ersten Kammer
am 8. Januar 1851.

Der Abg. v. Ammon interpellirte das Ministerium wegen der seither befolgten Politik. Der Minister-Präsident lehnte die Beantwortung ab, weil die Verhandlungen noch in der Schwebe seien. An der Tagesordnung war nunmehr die Adreßdebatte und Camphausen ergriff für eine Adresse das Wort und schloß seine Rede mit den Worten: Meines Erachtens giebt es jetzt in Preußen nur noch zwei Parteien; die eine will die preuß. Verfassung erhalten sehen, ohne Einfluß des Auslandes, die andere will mit Hülfe des Auslandes die Verfassung vernichten. (Bravo und Zischen.)

Der Min.-Präsident: Der geehrte Redner hat darauf hingewiesen, daß ein Systemwechsel stattgefunden habe. Allerdings muß sich Jedermann nach den Umständen richten und die Ideologen in Deutschland haben gerade deshalb nichts erreicht, weil sie stets mit dem Kopf durch die Wand wollten. Der Bundestag ist eine Schöpfung des Jahres 1815, eine Schöpfung der Eile, nicht genügend den Bedürfnissen des Volkes. Nichtsdestoweniger hat sie bestanden; Deutschland hat unter dem schwachen Dache gewohnt, bis das Jahr 1848 die Säulen umstürzte und das Gebäude mit. Da ergossen sich alle Schmähungen auf das Haus, statt auf die Balken. — Ich verkenne den Einfluß nicht, den zu ihrer Zeit die Nationalversammlung in Frankfurt hatte. Aber denkt man an jene Zeit zurück, so glaubt man sich in einen Traum versetzt: die Grundrechte, die Kaiserwahl, das schlimme Ende — mit einem Reichsregenten Raveaux, gehören noch nicht der Vergessenheit an. — Preußen entschloß sich, an die Spitze Deutschlands zu treten, gründete die Union mit zwei Regierungen, die sogleich wieder zurücktraten. Es kam der Tag von Erfurt; auch dort waren treffliche Elemente, doch der ruhige Zuhörer mußte sich sagen, daß auch diese Versammlung nicht frei von Souveränetätsgelüsten war. (Beifall.) Auf dem Fürstencongreß in Berlin einigte man sich nicht; mehrere Staaten traten zurück; die Zahl der Bleibenden wurde immer geringer; es blieben nur die kleinen Staaten, die in Preußen eine Stütze suchten. Eine deutsche Verfassung ist, das stellte sich heraus, mit diesen doppelten Garnituren von Parlamenten unmöglich. Inmittelst wurde versucht, den Bundestag wieder herzustellen. Daran betheiligten sich mehrere Regierungen. Bei den Conflicten in Hessen und Schleswig-Holstein sollte Preußen sein Einfluß entzogen werden. Ein Krieg konnte nur darauf gehen, die Unionsverfassung überhaupt oder die hessischen Beamten zu beschützen. Die Thatsachen in Hessen sind bekannt — die Meinungen darüber verschieden. Die Einen glauben an Willkürlichkeiten der dortigen Regierung, die Andern an eine gefährliche Beamtenrevolution. (Murren.) Ja! ich nenne sie gefährlich, weil sie im Schlafrock und Pantoffeln gemacht wird, während Barrikadenkämpfer wenigstens den Muth haben müssen, auf die Barrikaden zu treten. (Lauter Beifall.) Unsere Feinde in jenem Kriege waren Oesterreich, dem sich Rußland angeschlossen hätte; unsere Freunde — die schwächeren Regierungen in Deutschland, vielleicht hessische Offiziere, Mazzini in Genf, Klapka und Ruge in Holstein. In diesem Momente mußte entschieden werden. Es war genug erreicht, wenn Preußen überall in Deutschland ein gewichtiges Wort mitzusprechen hatte. Ja! es ist ein Wendepunkt in der preußischen Politik eingetreten; es soll entschieden mit der Revolution

gebrochen werden, (Lauter Beifall.) Darum sollte die Politik durchsichtig sein; möge sie nie wieder in Nebel gehüllt werden. Wenn die Truppen in Hessen zurückgingen, so geschah es auf den Befehl ihres Königs. (Beifall.) Diese Probe des Gehorsams wird auch von mir als schwer anerkannt; noch schwerer aber war jene Probe, als das Heer sich vor der besiegten Revolution auf den Befehl des Königs zurückzog. (Beifall.) Wir haben die schweren Folgen eines Bruderkrieges in Deutschland erwogen. Darum wird man im Auslande doch an preußischen Kriegsmuth glauben, wenn wir zum Schwerte greifen. Zu den Verhandlungen in Dresden hege ich das Vertrauen, daß die bösen Voraussetzungen, die man darüber hegt, nicht in Erfüllung gehen werden. Sie werden ein einiges Deutschland zur Folge haben, in dem Preußen die ihm gebührende Stelle einnimmt. Der Redner hat nicht mit so drastischen Worten, wie an einem andern Orte geschah, die Entfernung des Ministeriums gefordert; wir glauben deshalb, daß diese Rede nicht eine ebenso große Menge von Adressen zur Folge haben wird, in denen sich Vertrauen zu der Regierung ausspricht. Wir hegen die Ueberzeugung, daß wir für das Beste des Landes gehandelt haben und daß uns auch ferner das Vertrauen der Wohlgesinnten unterstützen wird. (Lauter Beifall.)

Deutschland.

Berlin, 8. Jan. Die von Hamburger Blättern bestrittene Nachricht, daß Hamburg von preußischen Truppen besetzt werden wird, wird demnächst ihre thatsächliche Bestätigung finden.

— Fürst Schwarzenberg hat dem Vernehmen nach neuerdings die Forderungen gestellt, in Oldenburg und Braunschweig unter dem Namen eines Reservecorps für den General Legeditsch ein zweites österreichisches Corps aufstellen zu wollen. Preußischerseits hofft man, den Fürsten von dieser Forderung abzubringen, und soll dieselbe der Grund der neuerlichen Uneinigkeit der beiden Minister sein. Fürst Schwarzenberg scheint in dieser Weise das System der kurhessischen Executionen auf die unionstreuen Staaten ausdehnen zu wollen.

— Die gegenwärtigen Verhältnisse des Staats haben dem Vernehmen nach das Hauptaugenmerk der Militairverwaltung auf die beschleunigte Vollendung der bereits seit länger als einem Jahrzehent in Angriff genommenen Festungsbauten von Posen und Königsberg gerichtet.

— Um den preußischen Industriellen, welche die bevorstehende londoner Industrie-Ausstellung besuchen wollen, die Ausführung dieses für die gewerblichen Interessen unseres Vaterlandes wünschenswerthen Unternehmens zu erleichtern, hat der Herr Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten beschlossen, denselben eine Ermäßigung der Reisekosten durch Bewilligung der Benutzung der zweiten Wagenklasse auf den preußischen Staats-Eisenbahnen für die Fahrpreise der dritten Wagenklasse zu gewähren, wovon sowohl die Directionen der betreffenden Eisenbahnen, als die Commission für die londoner Industrie-Ausstellung benachrichtigt sind.

Berlin, 9. Jan. Herr v. Manteuffel reist morgen früh nach Dresden ab, wo er zwei Tage zu verweilen denkt.

— Mit dem bevorstehenden Rücktritt des Handelsministers dürfte auch der des Geh. Raths Delbrück verknüpft sein, welcher bekanntlich als preußischer Bevollmächtigter die Vorschläge des Hrn. v. d. Heydt auf der kasseler Zollconferenz vertrat. — Ueber die Wiederbesetzung des Handelsministeriums steht noch nichts fest. Für den zuerst viel genannten Geh. Oberfinanzrath Mellin sollen jetzt die Chancen sich vermindert haben.

— Fürst Schwarzenberg hat dem Kaiser eine eigenhändige Einladung des Königs von Sachsen nach Dresden übermittelt, und steht demnach die baldige Abreise des Monarchen in die sächsische Hauptstadt in Aussicht.

— Am Schlusse des Monats October 1850 belief sich die Civilbevölkerung Berlins auf 415,719 Seelen.

Dresden, 7. Jan. Der „Freim. Sachsen-Zeitung" zufolge soll die von der Sächsischen Regierung beabsichtigte Anleihe nominell 15 Mill. Rthlr. betragen, von welchen jedoch nur 5 Mill. neu zu creiren wären, da 10 Mill. durch Benutzung vorhandener Staatsschuldscheine, möglicher Weise durch Arrosirung beschafft werden dürften.

Hannover. Die Executionstruppen werden etwa am 13., 14. und 15. d. M. von Hildesheim ab per Eisenbahn bis Uelzen befördert werden, und von da über Dannenberg und Lüchow auf den preußischen Ort Wittenberge marschiren, um die dortige Eisenbahnbrücke zum Uebergange über die Elbe zu benutzen. Dem Vernehmen nach sind von der österreichischen Gesandtschaft in Hannover 21,000 Mann, die per Eisenbahn zu befördern wären, angemeldet; außerdem werden aber noch 1500 Mann Cavallerie — das böhmische Regiment Windischgrätz Chevauxlegers — und 95—100 Stück Geschütz nach Holstein passiren. Die von preußischer Seite zur Pacificirung Holsteins bestimmten Truppen werden, wie wir hören, nur als Reserve außerhalb Holsteins aufgestellt werden.

Stuttgart, 6. Jan. Sicherm Vernehmen nach ist die jüngste Tochter des Königs, die Prinzessin Auguste (geb. am 4. Octbr. 1826), mit dem Prinzen Hermann von Sachsen-Weimar (geb. am 4. August 1825) verlobt. Der Prinz lebt schon seit mehren Jahren hier und dient in der königlichen Leibgarde zu Pferd, in welcher er vor Kurzem zum Rittmeister befördert wurde. Er ist der zweite Sohn des niederländischen Generals, Herzogs Bernhard von Sachsen-Weimar, eines Bruders des regierenden Großherzogs.

Aus Mainz vernehmen wir, daß die Mission der Jesuiten dort den entschiedensten Erfolg hat. Die Kirchlichkeit nimmt sichtbar zu, die Glocken sind den größten Theil des Tages in Bewegung und die Kirchen gedrängt voll, um den Pater Klinckowström oder auch den Bischof zu hören, die abwechselnd an jedem Tage predigen.

Kassel, 6. Jan. Die Bequartirungen haben jetzt gänzlich aufgehört und Executionen sind jetzt nur noch gegen die Mitglieder des Stadtraths im Gange. Die bisherigen Verhandlungen zwischen dem Stadtrathe und dem Grafen Leiningen sind noch immer ohne Erfolg geblieben, da der Graf neuerdings wieder das Verlangen einer unbedingten Unterwerfung gestellt haben soll. In Berücksichtigung dessen, daß drei Stadtrathsmitglieder verreist sind, hat Graf Leiningen den Termin zur Abgabe einer definitiven Erklärung bis zum Mitwoch Mittags 12 Uhr hinausgeschoben. Heute war bei Hofe große Cour. Es wurden dem Kurfürsten sämmtliche gestern hier angekommenen österreichischen Offiziere vorgestellt. Nachmittags zog der Kurfürst die Stabsoffiziere zur Tafel und diesen Abend waren mehrere derselben, unter andern Feldmarschalllieutenant Legeditsch im Theater in der Kurfürstlichen Loge, woselbst sich auch General v. Peucker und Graf Leiningen befanden. Gegen Abend wurde der Laden des Buchhändlers Rabe, früheren Verlegers der Hornisse, militairisch besetzt und durchsucht. Werke revolutionairen Inhalts sollen sich jedoch nicht vorgefunden haben. Gestern ist ein Theil des baierischen Stabes nach Baiern zurückgekehrt. Von Fulda und Hanau aus haben die Baiern bereits seit mehreren Tagen den Rückmarsch in die Heimath angetreten.

Kassel, 7. Jan. Die Kasseler Zeitung schwelgt in dem Gedanken, daß die Oesterreicher durch Göttingen kommen würden, um dort den Professoren Waitz und Zachariä den thatsächlichen Beweis zu liefern, daß es allerdings noch „Bundesexecutionen" gebe; von Göttingen würden die Bundestruppen auf der hannover'schen Etappenstraße durch das Braunschweigische rücken, wo sie Herrn Liebe besuchen könnten. Daß sie nach Bremen nicht kämen, um Herrn Duckwitz einen Besuch zu machen, sei zwar schade, dafür würden sie sich aber entschädigen durch den Besuch Hamburgs, um Gabriel Riesser, und Holsteins, um Heinrich v. Gagern selbst und Beseler und Droysen heimzusuchen. Ein edles Blatt das — die „Kasseler Zeitung"!

Der Allgem. Zeitung schreibt man aus Frankfurt a. M. vom 4. Jan.: Der öffentliche Aufruf zur Unterstützung der Bewohner der ärmeren Theile des Kurfürstenthums Hessens ist endlich erschienen. Es wird die Sache hierorts viel besprochen, und charakteristisch ist in der Beziehung die Antwort, welche eine junge Gräfin v. J.-W. auf ihre Bitte um Unterstützung der armen Fuldaer von einer hiesigen angesehenen Dame erhalten hat: „Sie trage Bedenken, es zu thun, weil man ja nicht wissen könne, ob man nicht dadurch den beabsichtigten Hülfeleistungen des Kurfürsten vorgreife." Ueber die Nothwendigkeit der Hülfe, ja der schleunigsten Hülfe herrscht hier im Ganzen nur Eine Stimme, zugleich aber auch viele Bitterkeit im Urtheile wegen der Erinnerung an den systematischen unausgesetzten Druck, der seit wenigstens vier Menschenaltern auf dem unglücklichen Nachbarlande lastet.

Kiel, 7. Jan. Die erste Conferenz der Commissäre mit der Statthalterschaft hat gestern Nachmittag wirklich stattgefunden; sie dauerte gegen eine Stunde. Heute Morgen folgte eine fernere Beredung, die von 10 bis 12 Uhr währte. Ob die an die Statthalterschaft gestellten Forderungen noch auf Weiteres gerichtet sind, als was seiner Zeit bereits das Schreiben des Grafen Thun verlangte, habe ich nicht in Erfahrung bringen können. Man spricht außerdem von einer Besetzung Rendsburgs durch deutsche Truppen, wie mir scheint, nicht ohne Wahrschein-

lichkeit; zweifelhaft ist nur, ob Dänemark darein willigen wird, den Schlüssel zu seinen strategischen Positionen in Oesterreich's Händen zu lassen und sich dadurch in übermäßige Abhängigkeit zu bringen. Auch über die Entschließungen der Statthalterschaft ist man noch ohne jede Kunde.

— Verlaßliche Mittheilungen aus Holstein lassen vermuthen, daß man dort nicht gesonnen ist, den deutschen Executionstruppen bewaffneten Widerstand zu leisten, wenn man den Holsteinern die Versicherung gebe, daß nicht auch zu gleicher Zeit eine Occupation durch Dänen stattfinde, sondern daß das Land bis zur völligen Schlichtung der Angelegenheit blos von deutschen Truppen besetzt werden soll. In sonst wohlunterrichteten Kreisen glaubt man, daß diese Bedingung (wenn sie nämlich gestellt ist) leicht gewährt werden dürfte.

Aus Holstein. Der Volkswitz, der selbst in solch trüben Zeiten unsere Bevölkerung nicht verläßt, sagt: Vor dem General Mensdorff muß man jedenfalls Achtung haben; er tritt im Namen der vier Großmächte auf, im Namen des Deutschen Bundes, im Namen Dänemarks und im Namen der Herzogthümer selbst, d. h. für den König von Dänemark (nach dem österreichischen Correspondenten), in ihm concentrirt sich fast ganz Europa, mit alleiniger Ausnahme von Preußen, das sich selbst vertritt.

Eigenthümlich ist es doch, daß die Macht bewußt oder unbewußt immer etwas Entschiedenes für sich hat, was zuletzt auch vom Gegner anerkannt werden muß. Die Sympathien für Preußen waren hier im Lande groß; Oesterreich war von der hier herrschenden Gothanerpartei weder als deutsch noch als Macht eigentlich respectirt; es wurde von Anfang an als antinational erklärt, weil es stets mit Dänemark in engster Verbindung blieb, durch gegenseitige Gesandte. Jetzt sind plötzlich die Sympathien für Preußen gefallen und hat man dagegen auch keine für Oesterreich, so erkennt man doch seine Macht und Consequenz als gewichtiges Element an, vor welchem jedes doctrinaire Gerede schwindet.

Hamburg, 9. Jan. Die Bundescommissarien haben den Erklärungstermin der Statthalterschaft um 2 Tage, bis Sonnabend verlängert.

— Aus Hannover berichtet die Weser-Zeitung: Der Durchmarsch der österreichischen Executionstruppen nach Schleswig, der dem Lande, wie der König neulich bei Tafel sagte, einen Kostenaufwand von 350,000 Thlrn. verursacht, wird bereits in den nächsten Tagen stattfinden. Die Erbitterung über den Durchzug ist allgemein, und jene Hervorhebung des Kostenaufwandes läßt darauf schließen, daß selbst am Hofe keine sonderliche Freude über die theuern Gäste herrscht.

Oesterreichische Länder.

Wien, 8. Jan. Die Wiener Zeitung bringt heute das verspätete Budget für das zweite Quartal 1850. Die Gesammteinnahmen-Summe betrug 47,460,761, die Gesammtausgaben-Summe 66,045,892 Gulden C.-M.; sonach ergab sich ein Deficit von 18,535,131 Fl.

— General Bem ist am 14. Decbr. in Aleppo gestorben.

— Nach Berichten aus Constantinopel dauern die Unterhandlungen wegen Freilassung Kossuth's noch immer fort, da ihn Oesterreich noch länger internirt wissen will. Die Pforte soll übrigens geneigt sein, nächstens alle magyarischen Flüchtlinge nach England zu entlassen.

Italien.

Genua, 2. Jan. Gestern fiel ein ernsthafter Tumult zwischen dem Volke und dem Militair in einer Hauptstraße vor. Mehrere Personen wurden verwundet. Die Bewegung ist gedämpft, das Gericht bereits eingeschritten.

Turin, 4. Jan. Die Tumulte in Genua haben sich am 2. d. erneuert, wurden jedoch bald gedämpft. Patrouillen von Lanziers durchziehen die Straßen der Stadt. Asproni interpellirt den Minister des Innern dieserhalb in der Deputirtenkammer. Galvagno erwidert, es sei nicht wahr, daß das Offiziercorps in Genua eine anticonstitutionelle Demonstration gemacht habe.

Frankreich.

Paris, 7. Jan. Die Ministerkrisis ist noch unbeendigt. Ein Ministerium Billault wird von dem „Constitutionel" dementirt. Die Liste, worauf als Ministerkandidaten die Namen Barrot, Faucher und Randon stehen, finden den meisten Glauben. — Die Gerüchte, die von Abdankung des Präsidenten der Republik und von Appellation an das Volk sprechen, sind falsch. — Die Vereine der Legitimisten und Orleanisten stimmten für Beibehaltung Changarniers. — An den italienischen Küsten läßt die Regierung zur Verhinderung revolutionärer Unternehmungen Schiffe kreuzen.

— Noch kein neues Ministerium. An der Börse glaubt man, daß das Obercommando der Armee von Paris aufgelöst werden und der Wechsel der Minister nur ein theilweiser sein werde.

— In Paris gibt es Tausende von sechs- und zwölfjährigen Knaben, die als Kaminfeger gekleidet in dem jämmerlichsten Zustande in den Straßen betteln. Diese Kinder werden ihren Aeltern abgekauft, abgeschwindelt, selbst gestohlen und müssen hier bei Strafe körperlicher Züchtigung für die Unternehmer dieses Handels täglich eine gewisse Summe erbetteln. Der Polizeipräfect hat ein Circular zur Abstellung dieses Menschenhandels erlassen.

Großbritannien.

London, 4. Jan. Die Nachrichten aus Irland lauten sehr beunruhigend. Drohungen, Brandstiftungen, Mordthaten häufen sich auf schreckenerregende Weise. Armagh, Tipperary, Londonderry sind die Centralpunkte der Bewegung. Zu den Qualen des Hungers kommt noch der religiöse Fanatismus, von Anglicanern, wie Katholiken gleich eifrig geschürt.

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung.

Druck und Verlag von G. Heinze & Comp.

Handel und Industrie.

Aus Leipzig schreibt man: Einer so schlechten Neujahrs-Messe, wie der eben jetzt stattfindenden, erinnert man sich seit einer Reihe von Jahren nicht. Die große Mehrzahl der sächsischen Fabrikanten hat bis jetzt wenig oder gar nichts verkauft, und die meisten derselben werden sich genöthigt sehen, die Arbeiter, die sie bisher beschäftigten, zu entlassen.

Lausitzer Nachrichten.

Görlitz, 8. Januar. **[Schluß der Assisen.]** 5) Der Tagearbeiter Johann Traugott Figula, gewöhnlich Trinks genannt, aus Berg bei Muskau, ist des versuchten Todtschlags angeklagt. Als der Angeklagte am 19. Septbr. v. J. aus der Scheune des Vorwerkes zu Berg von der Arbeit nach Hause zurückgekehrt war, gerieth er mit seiner Frau in Streit und mißhandelte dieselbe. Der Tagearbeiter Matthäus Herrmann aus Gablenz, welcher ebenfalls in dieser Scheune gedroschen hatte und mit dem Angeklagten nach Hause gegangen war, hörte, als er auf dem Rückwege bei dessen Wohnung vorbeiging, einen Hülferuf, ging hinein, öffnete die Stubenthür und ermahnte den Angeklagten, seine Frau nicht so zu mißhandeln, er könne sie leicht todtschlagen. Darüber zornig, ergriff der Figula eine Axt und versetzte damit dem Herrmann einen Schlag in's Gesicht, so daß das Nasenbein durchgehauen war und er besinnungslos zu Boden stürzte. Der Angeklagte erklärt, er sei betrunken gewesen und wisse von Allem nichts, aber seine beiden Entlastungszeugen Bunar und Krahl bestritten dies. Die Staatsanwaltschaft beantragte, weil die Beschädigung mit einem Instrument verursacht worden, welches auch tödtlich werden konnte, das „Schuldig". Der Vertheidiger, Ref. Rahn, beantragt, weil nicht für erwiesen zu erachten sei, daß die Wunde durch den Angeklagten entstanden, auch das Instrument, mit welchem dieselbe entstanden sein sollte, nicht vorgefunden worden, und, wenn auch die That von ihm begangen worden, er doch nicht die Absicht zu tödten gehabt habe, das „Nichtschuldig" auszusprechen. Auf die vom Gerichtshofe gestellten Fragen, welche sich darauf bezogen, daß der Angeklagte diese Beschädigung begangen, dazu ein Instrument gebraucht, durch welches der Tod hätte erfolgen können, und sich derselbe nicht in einem Zustande der Trunkenheit, sondern des Affectes befunden habe, war die Antwort der Geschworenen: Ja, der Angeklagte ist dessen schuldig. Der Gerichtshof verurtheilte daher den Angeklagten wegen versuchten Todtschlags zu 5 Jahr Zuchthaus und in Tragung der Kosten.

6) Der Schneidergeselle Carl Gottlob Wiesenhütter aus Görlitz wurde in geheimer Sitzung am 8. Januar wegen verübter Unzucht an einem Kinde unter 12 Jahren zu 8 Jahr Zuchthaus, Verlust der Nationalkokarde und Ausstoßung aus dem Soldatenstande verurtheilt.

— Die Königl. Regierung bringt in höherem Auftrage zur Kenntniß des betheiligten Publikums, daß auf den Staats-Anzeiger künftig nicht mehr vierteljährig, sondern nur halbjährig abonnirt werden kann und daß in Berücksichtigung der Beifügung der stenographischen Berichte der halbjährige Abonnementspreis 5 Thlr. beträgt.

Löbau, 8. Jan. Der frühere Actuar beim hiesigen Landgerichte, Abgeordneter zur zweiten Kammer beim letzten Landtag, Welz, ist in der Maiuntersuchung begnadigt worden.

Bautzen, 8. Jan. Mit dem Schlusse des Jahres 1850 ist der bisherige Stadtrath Rücker aus dem Rathscollegium ausgeschieden, dagegen aber ist die Einweisung und Verpflichtung des wiedererwählten Stadtrath Leuner und des neu erwählten Stadtrath Albrecht am 2. d. M. erfolgt.

Vermischtes.

Uns Deutschen heftet sich unser nationales Mißgeschick überall an die Fersen. Es wird den Deutschen auch nach London folgen. Auf dem Riesengebäude dort, in welchem die Industrie-Ausstellung der Welt stattfindet und alle Völker sich ein Stelldichein geben, werden aller Völker Farben und Fahnen wehen, nur die deutsche (schwarz-roth-goldene) Fahne fehlt. Es gibt ein Preußen, ein Oesterreich, kein Deutschland, bedauern achselzuckend die Engländer. Wollten wir auch die Dresdener freie Conferenz, die ganz Deutschland vertritt, hinschicken, was hülf's? Weiß doch noch Niemand, welche Fahne sie aufsteckt!

Am Weihnachts-Abend pochte es an die Thür des Uhrmachers der prager Sternwarte, J. Kossek, eines der ausgezeichnetsten Künstler in seinem Fache. Man öffnet; draußen steht ein kleines Mädchen, in der Hand ein Weihnachtsbäumchen, an welchem ein Brief hängt. Hinter ihm steht eine vornehm gekleidete Dame. Kossek war nicht zu Hause, das Mädchen will nicht sagen, wer es sei. Die Angehörigen Kossek's öffneten den Brief, der vom Grafen Franz Thun an Kossek gerichtet ist, worin er ihm seine Freude bezeigt, daß ihm auf Antrag seines Bruders, des Ministers, vom Kaiser ein Jahrgehalt von 800 Fl. bewilligt worden. Das Mädchen war des Grafen Tochter, welche die Gräfin hingeführt hatte. Man kann sich die Ueberraschung und Freude der Familie denken! Die schöne, zarte Art aber, auf welche der Graf, durch dessen Bemühung vorzüglich das Jahrgehalt ermittelt wurde, dem greisen Künstler die freudige Nachricht mittheilte, verdient in weiteren Kreisen bekannt zu werden.

Der Generalmajor v. Manderode in Berlin, welcher bei seinem Austritt aus dem activen Dienste von den Offizieren des Ingenieur-Corps ein kostbares großes Kästchen aus gediegenem Golde verehrt erhalten hatte, hat dasselbe den Schleswig-Holsteinern zugesandt, indem er nur den Deckel mit der Widmung zurückbehalten hat. Auf diese Weise hatte dieser alte verdienstvolle preußische Krieger seine innige Theilnahme für jene deutschen Bruderstämme aussprechen wollen.

Hamburg. Der Bazar, Hamburgs größtes Gebäude, ward in der Mitte vorigen Monats zu etwa 430,000 Mark verkauft, nachdem der Bau des Gebäudes 1 Million gekostet hatte. Man glaubt, daß der bisherige Besitzer es wieder erstanden hat, da es von einem Makler ohne nähere Angabe für wen angekauft wurde. An diesem Grundstücke sind also mehr denn 50% verloren worden.

Die astronomischen Apparate des Herrn Scharff.

Der rühmlichst bekannte Mechaniker Herr Scharff hat hier im Saale der oberlausitzischen Gesellschaft der Wissenschaften, täglich, außer Sonntag, seinen astronomischen Apparat zur Erklärung des Kopernikanischen Weltsystems aufgestellt und erläutert denselben durch einen sehr faßlichen und lebendigen Vortrag. Alle, welche diesen Apparat zu sehen Gelegenheit gehabt, rühmen dessen Mechanismus, der so künstlich und genau ist, daß auch dem mit unserem Sonnensystem weniger Bekannten schnell eine ganz anschauliche Vorstellung von der Entstehung der Tage und Nächte und deren verschiedener Länge, der Jahreszeiten, der Sonnen- und Mondfinsternisse und vieler anderer Erscheinungen gegeben wird, die unser tägliches Leben so wesentlich berühren und den Anfängern oft so schwer erklärlich erscheinen. Es werden nicht gelehrte Vorkenntnisse erfordert, um an den mannigfachen Apparaten und deren Erklärung Interesse zu finden. Darum kommt und seht Ihr Aeltern, damit Ihr Euren wißbegierigen Kindern Rechenschaft geben könnt, komm und schau Du wißbegierige Jugend und lerne hier im Kleinen das große Weltall erfassen, säume endlich Niemand, die so seltene Gelegenheit wahrzunehmen, um sein Wissen zu bereichern, seine Anschauung zu erweitern und in Bewunderung des Weltalls einige der lehrreichsten und angenehmsten Stunden zu vollbringen. 10.

Bekanntmachungen.

[3] Bekanntmachung.

Auf Befehl des Königl. General-Commandos sollen in allen Bezirken sofort Control-Versammlungen abgehalten und dabei festgestellt werden:

a) welche Reserven und Landwehr-Mannschaften aller Waffen sich bei der Fahne befinden,
b) welche Mannschaften eingezogen und entlassen worden sind,
c) welche Mannschaften (Reserve und Landwehr) sich noch im Bezirk befinden, und welche davon nach dem Gesetz vom 26. October und 7. November a. c. (Amtsblatt No. 47. pro 1850 Seite 497) abkömmlich oder unabkömmlich sind.

Diese Control-Versammlung wird in Betreff der Mannschaften
des 1., 2., 3., 4. u. 5. Bez. **Mittwoch, den 8. Jan. 1851**, früh 9 Uhr,
des 6., 7., 8., 9. u. 10. = **Freitags, den 10. Jan.** ej. a., früh 9 Uhr,
des 11., 12. 13. und 14. = **Sonnabends, d. 11. Jan.** ej. a., früh 9 Uhr,
im Lokale des hiesigen Schießhauses stattfinden.

Alle im Vorstehenden bezeichneten sich hierselbst befindenden Mannschaften der Reserve und Landwehr erhalten hiermit die Ordre, sich an dem für ihre Bezirke festgesetzten Tage zur bestimmten Stunde pünktlich im Schießhauslokale einzufinden, und alle auf ihr Militairverhältniß bezüglichen Atteste, Notizen und Urkunden mit zur Stelle zu bringen, und sich daselbst bei dem betreffenden Bezirks-Sergeanten und Bezirks-Vorsteher zu melden.

Diejenigen, welche ihre Unabkömmlichkeit im Sinne des Gesetzes behaupten, haben sich hierüber bei Zeiten mit den erforderlichen Beweismitteln und Bescheinigungen zu versehen.

Görlitz, den 31. December 1850.

Der Magistrat. Polizei-Verwaltung.

[15] Nach §. 4. der Gemeindeordnung für den preußischen Staat vom 11. März 1850 ist jeder selbständige Preuße Gemeindewähler, wenn er seit einem Jahre Einwohner des Gemeindebezirks ist, das 25. Lebensjahr vollendet hat, einen eigenen Hausstand besitzt, die ihn betreffenden Gemeindeabgaben gezahlt hat, sich im Vollbesitz der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte befindet und in mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten von 10,000 bis 50,000 Einwohnern ein reines jährliches Einkommen von 250 Thlrn. bezieht, wobei Einkommen und Grundbesitz der Ehefrau dem Ehemanne, Einkommen und Grundbesitz der minderjährigen, beziehungsweise der in väterlicher Gewalt befindlichen Kinder, dem Vater angerechnet werden.

Zum Zweck der Wahl des Gemeinderathes werden die Gemeindewähler nach Maaßgabe ihres Einkommens in drei Abtheilungen getheilt. (§. 11. 1. c.)

Die erste Abtheilung begreift Diejenigen, welche das höchste Einkommen bis zum Belaufe eines Drittheils des Gesammteinkommens aller Gemeindewähler besitzen. Die übrigen Wähler bilden die zweite und dritte Abtheilung, die zweite reicht bis zur Hälfte des Gesammteinkommens dieser Wähler.

Zur Vorbereitung der Wahlen des Gemeinderathes der Stadt Görlitz, deren Gemeindebezirk den bisherigen Communalbezirk und die Landeskrone umfaßt, hat eine Abschätzung des reinen jährlichen Einkommens sämmtlicher Wähler durch eine eigends hierzu niedergesetzte Commission stattgefunden, und es soll die nach Maaßgabe der Beträge des Einkommens zusammengestellte Liste im Zeitraum

vom 13. bis 28. Januar a. c.

täglich, mit Ausschluß der Sonntage, in den gewöhnlichen Geschäftsstunden in unserm Secretariat offen ausgelegt werden.

Allen Betheiligten steht es frei, von der Liste Einsicht zu nehmen und ihre etwanigen Erinnerungen und Einwendungen gegen zu hohe oder zu niedrige Abschätzung, oder dagegen, daß sie vielleicht ganz übergangen worden, schriftlich bei uns zur nähern Erörterung und Entscheidung anzubringen. Nach Ablauf jener Frist würden Einwendungen und Reclamationen nicht mehr berücksichtigt werden können, vielmehr würden die Abtheilungslisten für die zu bildenden Wahlbezirke zusammengestellt und jeder nach Maaßgabe des eingeschätzten Einkommens der betreffenden Abtheilung zugewiesen werden.

Görlitz, den 8. Januar 1851. Der Magistrat.